



Serbien wird zum Fegefeuer für Flüchtlinge

Neben Griechenland bekommt auch Serbien immer stärker die Auswirkungen der EU-Abschottungspolitik zu spüren. Für Flüchtlinge, die in Serbien gestrandet sind, gibt es wenig Hoffnung. Die serbischen Behörden versagen und die Regierung schweigt. Geblieben ist aus dem Sommer der Solidarität eine prinzipiell positive Einstellung gegenüber Flüchtlingen. Das Gespräch mit Radoš Djurović führte Herbert Langthaler.

asyl aktuell: Wie hat die serbische Bevölkerung auf die tausenden Flüchtlinge, die sich 2015/16 durch das Land bewegt haben, reagiert?

Radoš Djurović: Während der massiven Flüchtlingsbewegungen 2015 war die Atmosphäre in der Öffentlichkeit und bei den Menschen vor Ort sehr positiv. Die politischen Eliten sind in Serbien dieser positiven Stimmung der BürgerInnen und der Medien gefolgt und sogar unser Premierminister hat, noch bevor

interview

Angelika Merkel in Belgrad war (Anfang Juli 2015), sich für die Flüchtlinge stark gemacht.

Im Laufe der Zeit und mit der politischen Entscheidung die „Balkan-Route“ zu schließen, gab es immer mehr Restriktionen an den Grenzen entlang der Route auch in Serbien.

Aber bezüglich der öffentlichen Meinung der Medienberichterstattung hat sich die Situation nicht geändert. Die politischen Eliten, die das Meinungsklima negativ beeinflussen wollten, um Rückenbedeckung für ihre restriktiven Maßnahmen an den Grenzen zu bekommen, haben das nicht geschafft. Der Hauptgrund für diese weit verbreitete positive Einstellung ist die eigene Flüchtlingsvergangenheit. Die Erinnerung an die Kriege und die vielen Flüchtlinge, die entweder aus Bosnien oder aus anderen Teilen Jugoslawiens gekommen sind, ist noch sehr frisch. Am meisten wurden die Flüchtlinge von jenen unterstützt, die vorher selbst Flüchtlinge waren.

aa: Wie haben die BürgerInnen 2015/16 den Flüchtlingen geholfen?

RD: Die BürgerInnen haben sich selbst organisiert. Das zeigte wie stark die Zivilgesellschaft in Serbien ist, trotz der politischen und ökonomischen Probleme, die das Land in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder getroffen haben. Wir waren skeptisch, aber es hat ganz toll funktioniert.

Die Menschen konnten dabei auf die Erfahrungen aus der Hochwasserkatastrophe aus dem Jahr zuvor zurückgreifen. Auch damals hat die Regierung nicht wirklich reagiert und auch Militär und Polizei haben erst allmählich geholfen. Die BürgerInnen mussten also die Sache selbst in die Hand nehmen und haben das auch

getan. Und das haben wir dann auch bei den Flüchtlingen gesehen.

Wir waren die erste Organisation, die ins Feld gegangen ist. Als die Flüchtlinge in den Parks auftauchten, haben wir Wasser verteilt, humanitäre Hilfe geleistet, aber auch die Menschen informiert. Wir sind ja in erster Linie eine Organisation, die rechtliche und psychosoziale Hilfe anbietet, aber in diesem Moment haben wir festgestellt, dass das keinen Sinn macht, wenn wir uns nicht auch im Feld engagieren und öffentlich auf die Situation hinweisen.

Es haben sehr viele Leute vor Ort, meist junge Menschen, die das Leid der Flüchtlinge gesehen haben, begonnen sich zu engagieren. Im Laufe der Monate sind das immer mehr geworden und immer größere Teile der Bevölkerung haben geholfen. Viele haben sich bei uns oder anderen NGOs als Freiwillige gemeldet oder haben Sachspenden direkt zu den Flüchtlingen gebracht.

Die offiziellen Stellen wie die staatliche Flüchtlingsagentur hatten nicht mehr als zehn Personen im Einsatz, sie hatten einfach nicht die Kapazitäten zu reagieren.

Mit der Zeit haben auch private Firmen begonnen die HelferInnen zu unterstützen, Banken, verschiedene Organisationen. Dies alles war vollkommen außerhalb der staatlichen Kontrolle. Die Behörden haben keine der Hilfsaktivitäten initiiert, sondern sind bestenfalls später aufgesprungen.

aa: Wie ist die Situation heute, zwei Jahre nach dem großen Treck durch die Staaten des Westbalkan?

RD: Nach dem Ende der Balkanroute im März 2016 wurden die Flüchtlinge natürlich weniger, aber bis Mai dieses Jahres



Die Situation hat sich jedoch im Grunde nicht geändert, man hat nur die Flüchtlinge in Belgrad aus dem Sichtfeld der BürgerInnen gebracht.

(2017) blieben die Menschen in den Parks in Belgrad. Es waren ca. 2.000, darunter sehr viele unbegleitete Minderjährige, die für jedermann gut sichtbar im Herzen Belgrads in improvisierten Camps leben mussten. Das ist einer der Gründe, warum die positive Einstellung erhalten geblieben ist, weil die Menschen das Elend der Flüchtlinge, der Familien, der Kinder hautnah erfahren haben. Die Verschlüsse standen an den Bahnhöfen und Kreuzungen, wo jeden Tag viele Menschen vorbeikommen. Das war in gewisser Weise gut so, zeigt aber auch das Unvermögen des Staates, Unterkünfte für die Flüchtlinge zu schaffen – und wir sprechen da von ca. 6.000 Menschen, ein Land mit 8 Millionen EinwohnerInnen sollte das doch zuwege bringen.

Dann begann der Staat vermehrt Restriktionen zu verhängen, begründet wurden diese mit Sicherheitsbedenken. Man machte den NGOs den Vorwurf, die Flüchtlinge würden nicht in die staatlichen Einrichtungen gehen, weil sie sie in der Stadt versorgten. Auch den BürgerInnen wurde die Schuld an den Zuständen gegeben, und sie wurden aufgefordert, aufzuhören den Flüchtlingen indivi-

duell zu helfen. Dann wurde begonnen die Flüchtlinge aus den illegalen Camps zu vertreiben, sie unsichtbar zu machen, sie zu isolieren. Die Situation hat sich jedoch im Grunde nicht geändert, man hat nur die Flüchtlinge in Belgrad aus dem Sichtfeld der BürgerInnen gebracht. Sie blieben aber in einer rechtlichen Grauzone, verstreut in ganz Serbien und es kommen immer neue. Die Bemühungen, die Grenzen zu schließen, waren eher politische Absichtserklärungen im Sinne eines Gleichklangs mit den EU-Staaten, der auch für den EU-Beitrittsprozess Serbiens wichtig ist.

Es kamen dann nicht mehr Tausende täglich, aber Hunderte und auch heute kommen immer noch jeden Tag ein paar Dutzend, obwohl unsere EU-Nachbarstaaten menschenrechtswidrige Maßnahmen setzen, indem sie Flüchtlinge an der Einreise in die EU hindern.

aa: Wie sehen diese Maßnahmen an der ungarischen und kroatischen Grenze aus?

RD: Diese Maßnahmen sind gewalttätig, ungesetzlich und diskriminierend. Flüchtlinge berichten unseren Teams täglich von

schweren Menschenrechtsverletzungen. Menschen werden interniert, eingesperrt, geschlagen, die ungarische Polizei hetzt Hunde auf sie, sie werden erniedrigt und dann illegal durch die Zäune nach Serbien zurückgeschoben. Die Polizei schlägt unterschiedslos Alte und Minderjährige, wer immer versucht die Grenze zu überqueren wird auf diese Weise bestraft. Selbst die, denen man erlaubt legal einzureisen (fünf pro Tag) werden unter sehr schwierigen Bedingungen in Camps an der Grenze festgehalten und nach einigen Monaten wieder deportiert.

Diese Praxis wird immer häufiger. Die Ungarn schieben inzwischen jede/n, den/die sie auf ihrem Territorium aufgreifen, nach Serbien zurück. Egal von wo sie gekommen sind, ob von Serbien oder Rumänien, wer aufgegriffen wird, wird sofort nach Serbien gebracht.

Die ungarischen Behörden unterstützen auch Vigilantengruppen, die Jagd auf Flüchtlinge machen. Diese Gruppen unterstützen Militär und Polizei bei der Bewachung der ungarischen Grenze. Wir sehen eine starke Militarisierung der Grenze begleitet durch die Propaganda der ungarischen Medien.

Die Externalisierung der EU-Flüchtlingspolitik beginnt also am Balkan und wir können uns vorstellen, was sich in Nordafrika abspielt oder in der Türkei.

aa: Wie schaut es an der kroatischen Grenze aus?

RD: An der kroatischen Grenze verhält es sich ähnlich. Die kroatischen Behörden verwenden weniger Gewalt, aber auch sie verhindern in praktisch allen Fällen, dass Flüchtlinge einen Asylantrag stellen. Die Menschen werden festgenommen und zwar auch weit entfernt von der Grenze

– sogar in Zagreb – und illegal nach Serbien zurückgeschoben. Es gibt Aussagen, dass sie geschlagen werden, allerdings nicht so heftig wie in Ungarn.

Rumänien versucht ebenfalls die Fluchtbewegungen zu unterbinden. Rumänien hat sich in den letzten Monaten zum Transitland entwickelt. Auch dort gibt es Gewalt gegen Flüchtlinge und illegale Rückschiebungen.

Es kommen zwar Flüchtlinge nach Serbien, können es aber nicht mehr verlassen, weil die Grenzen im Norden geschlossen sind. Mit Mazedonien und Bulgarien gibt es aber keine Rückübernahmevereinbarungen. Serbien wird so zu einer Pufferzone, zu einer Art Fegefeuer für Flüchtlinge, weil diese Menschen in sehr prekären Verhältnissen leben, unsichtbar für die BürgerInnen in den Städten, in ländlichen Gemeinden oder in den Peripherien in Grauzonen. Die Situation wird immer ähnlicher jener, die wir aus dem so genannten Dschungel von Calais kennen. Nordserbien wird zu Calais: Viele Menschen, die komplett auf sich gestellt sind, massive Zunahme der Aktivitäten von Schleppern, Missbrauch und fehlende humanitäre Hilfe.

Der Zugang zum Asylverfahren ist in Serbien sehr stark eingeschränkt und die Behörden, die eigentlich für das Management des Flüchtlings- und Migrationswesens zuständig wären, sind an diesen Zuständen mit schuld. Indem sie den Zugang zu Betreuungseinrichtungen beschränken, senden sie ein klares Signal an die Flüchtlinge: Verlasst Serbien, ihr habt hier nichts zu erwarten. Serbien wird euren Aufenthalt nicht weiter tolerieren.

Die serbische Politik reagiert angesichts der behördlichen Restriktionen und der Angst davor, dass die Flüchtlinge in Serbien bleiben, gar nicht, sie versucht das

Thema zu ignorieren. Was dazu führt, dass eher noch mehr kommen und sich die Sache zum Nachteil der ganzen serbischen Gesellschaft weiter zuspitzt.

aa: Wie viele Flüchtlinge beschließen unter diesen Umständen in Serbien zu bleiben?

RD: Es werden mehr, weil sie bemerken, dass sie nicht weiterkommen, vor allem wenn sie nicht die Mittel haben, teure Schmuggler zu bezahlen. Das Leben muss aber weitergehen. Wenn sie zwanzig Mal nach Serbien zurückgeschoben werden, wenn sie riskieren den Zugang zu einer Betreuungsstelle zu verlieren, wenn sie den Zugang zur Gesundheitsversorgung verlieren, wenn sie Kinder haben, dann denken die Flüchtlinge darüber nach, wie sie in Serbien – zumindest vorübergehend – bleiben können. Aber das bedeutet nicht, dass sie ihr eigentliches Ziel völlig aufgeben. Sie wollen nur in einem legalen System sein, was schwer genug ist, weil die Behörden sie bewusst draußen halten. Die Aufnahme in das Asylsystem ist sehr schwierig und nur eingeschränkt möglich. So wird zum Beispiel Menschen, die aus Ungarn oder Kroatien zurückgeschoben wurden, der Zugang zum Asylsystem verweigert, weil sie Serbien illegal verlassen wollten. Auf der anderen Seite ist es auch schwierig, wenn man zum ersten Mal nach Serbien kommt, da hat man in der Regel Probleme mit der Polizei, die einen abwimmeln will. Es gibt auch Probleme in den Betreuungsstellen für AsylwerberInnen, man läuft Gefahr von der Leitung vor die Türe gesetzt zu werden, oder man wird in irgendwelche abgelegenen Gebiete geschickt ohne wirkliche Garantie, dass man auch eine Unterkunft bekommt. Es wird vermittelt, dass man keine Ansprüche auf irgendwas in Serbien hat.

Die Statistiken sind vernichtend: offiziell haben 2017 bisher 4.000 Menschen einen Asylantrag gestellt, davon haben gerade mal zwei Personen Asyl bekommen. Ca. 200 Personen haben eine Aufenthaltskarte erhalten, das sind jene, die besonders hartnäckig sind, Glück haben oder von den NGOs gut betreut werden.

aa: Gibt es in der Zwischenzeit so etwas wie Flüchtlingscommunitys in Serbien?

RD: Es tauchen mit der Zeit welche auf, aber es ist recht schwierig, weil diese Communitys meist in illegalen Notlagern sichtbar werden, die immer wieder von der Polizei besucht werden, die die Leute auffordert zu verschwinden. In den städtischen Gebieten bemerken wir noch keine Communitys, weder in Abbruchhäusern noch sonst wo. Aber im Straßenbild Belgrads sind die Flüchtlinge sichtbar, viele leben in privaten Quartieren, manche sind im Schleppergeschäft. Sie leben nicht an einem Ort, sondern sind sehr zerstreut, was es schwierig macht, sich als Community zu etablieren.

Wir haben schon Leute, die länger da sind, die im Asylverfahren sind, das sehr lange dauert. Wir ermuntern die Leute die Betreuungseinrichtungen zu verlassen und sich Jobs zu suchen, weil sie nach neun Monaten arbeiten dürfen. Es gibt welche, die das machen, aber es sind 20 oder 30 nicht mehr. Sie könnten eine Rolle bei der Etablierung einer Flüchtlingscommunity spielen, wenn sie die Lager verlassen.

aa: Stellt das eine Form der Regularisierung dar, wenn man einen Job findet?

RD: Das ist recht umstritten, weil der Staat das verhindern will. Die Gesetze sagen klar, dass man nach neun Monaten Asylverfahren zu arbeiten beginnen darf, aber es



Der Hauptgrund für diese weit verbreitete positive Einstellung ist die eigene Flüchtlingsvergangenheit.

wird versucht das durch bürokratische Hürden und hohe Gebühren zu verhindern. Wir haben es aber geschafft den Flüchtlingen den Weg zu legaler Arbeit zu ebnen, was sie in die Lage versetzt, sich Arbeit zu suchen und auch eine zu finden, z.B. als ÜbersetzerInnen, in Cafés ... manche eröffnen selbst ein kleines Restaurant.

Mehr als 20.000 Menschen sind seit Jahresbeginn nach Serbien gekommen. Dem Großteil ist es gelungen, irgendwie weiterzukommen, aber die, die gestrandet sind, werden immer mehr (zurzeit ca. 8.000), weil die Staaten an der Grenze die Rückschiebungen immer systematischer betreiben und die Flüchtlinge entmutigt sind und einsehen, dass sie nicht weiterkommen.

Es stellt sich natürlich die Frage, warum die ganze Sache in den Medien so wenig angesprochen wird und die Politik weitgehend schweigt. Ich glaube, dass es daran liegt, dass sich Serbien als ein verlässlicher Partner der EU beim Migrationsmanagement präsentieren und die bilateralen Kontakte mit manchen Mitgliedsländern verbessern will, damit diese Serbien beim EU-Beitrittsprozess unterstützen. Serbien hat wenig Unterstützung in der EU

und ein schwieriges Verhältnis zu den Nachbarn. Man will Kroatien und Rumänien nicht verärgern, indem man ihre Praxis gegenüber den Flüchtlingen kritisiert. Das ist das eigentliche Problem, es liegt nicht an der EU-Kommission, die sehr wohl mit Delegationen anreist und die Einhaltung von internationalen Konventionen einfordert, sondern am Fehlen einer konsistenten EU-Flüchtlingspolitik und der derzeitigen Schwäche der EU. Dadurch werden die einzelnen Mitgliedsländer und ihre nationalen Politiken immer wichtiger.

Es fehlt uns hier auch komplett die Erfahrung mit dem Umgang mit Zuwanderung von außerhalb Europas, Österreich hat da zum Beispiel einen Vorsprung von 30 Jahren. Ein Beispiel für den hilflosen Umgang mit den Flüchtlingen aus den islamischen Ländern ist eine Aktion der zentralen Flüchtlingsstelle, die Niqabs gekauft hat für junge Mädchen, die diese gar nicht tragen wollten. Die Eltern haben sich dann verpflichtet gefühlt, die Kinder dazu anzuhalten, die Schleier in der Schule zu tragen. Die Beamten waren stolz, weil sie glaubten, sie hätten jetzt auf die kulturellen Bedürfnisse der Flüchtlinge reagiert.

Radoš Djurović ist Jurist und Geschäftsführer der serbischen Flüchtlingshilfsorganisation Asylum Protection Center/ Centar za zaštitu i pomoć tražiocima azila (APC/CZA)